LANDTAG VON SACHSEN-ANHALT

25.04.2023
Drucksache 8/2552

öffentlich

Alternativantrag zum Antrag nach § 37 GO.LT
–

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Aktiv werden, statt abwarten - Schulgeldfreiheit in den therapeutischen Gesundheitsberufen endlich umsetzen!

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 8/2518**

Der Landtag wolle beschließen:

Gesundheitsberufe attraktiv und zukunftsfest aufstellen: mit Schulgeldfreiheit und Akademisierungsoffensive

Der Landtag stellt fest:

Die schulgeldfreie Ausbildung der therapeutischen Gesundheitsberufe ist ein notwendiger, aber nur erster Schritt, um die bestehende Gerechtigkeitslücke zwischen Ausbildungsberufen im schulischen und dualen Bereich zu beheben und Auszubildende in diesen Berufen für deren Ausbildungszeit sowie nach deren erfolgreichem Ausbildungsabschluss an Sachsen-Anhalt zu binden und Sachsen-Anhalt wie die Bundesrepublik Deutschland attraktiv und anschlussfähig an die Gesundheitsberufe im weltweiten und europäischen Vergleich zu machen. Für die Bewältigung der Zukunftsaufgaben im Bereich Gesundheit bedarf es daneben, auch in Sachsen-Anhalt, dringend einer Offensive für mehr akademische Ausbildungsplätze in den Gesundheitsberufen an den Hochschulen und Universitäten des Landes.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- den Landtagsbeschluss Drs. 7/3904 vom 31.01.2019 endlich vollumfänglich umzusetzen. Hierbei muss die Landesregierung insbesondere

(Ausgegeben am 26.04.2023)

a) eine interministerielle Finanzierungslösung für die Schulgeldfreiheit in den Gesundheitsberufen finden, um im Haushaltsentwurf 2024 eine dementsprechende Titelgruppe auszuweisen und

b) die Prüfung der Rahmenbedingungen zur Zahlung von Ausbildungsvergütungen durchführen und Gespräche mit den Tarifparteien suchen. Hierbei muss die Landesregierung aktiv zu einer positiven Lösung beitragen, um die Ausbildung in diesen Berufen auch in Sachsen-Anhalt attraktiv zu gestalten.

- mit den Hochschulen und Universitäten des Landes aktiv das Gespräch zu einer Akademisierungsoffensive für die Gesundheitsberufe zu führen.

- in regelmäßigen Abständen in den Ausschüssen für Bildung, für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung, für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt sowie für Finanzen über die Entwicklungen und Beschlussumsetzung zu berichten.

Begründung

Aus Gerechtigkeitserwägungen aber auch schlicht aufgrund der faktischen Gegebenheit des Fachkräftemangels ist eine Schulgeldfreiheit sowie Ausbildungsvergütung in den Gesundheits- und Pflegeberufen dringend geboten. Neben diesen monetären Aspekten gilt es diese Berufsgruppen in ihrer Profession zu stärken und entsprechend die Akademisierung voranzutreiben, um insbesondere das Arbeiten in multiprofessionellen Teams auf Augenhöhe zu befördern. Im Sinne einer bestmöglichen Versorgung der Patient:innen und im Sinne einer Stärkung der Eigenverantwortung der Gesundheits- und Pflegeberufe.

Cornelia Lüddemann
Fraktionsvorsitz